



Die Brugger Lehrer befürchten, dass sie aufgrund der Sparmassnahmen die Aufsichtspflicht von den Schulkindern (im Bild Kinder auf dem Areal des Stapferschulhauses) nicht mehr erfüllen können. Stattdessen machen sie den Vorschlag, Englisch erst ab der vierten Klasse zu unterrichten. IHK/ARCHIV AZ

❖ Zwischenruf Blöde Expo, blöder Zeitungsartikel

Das gehe nun also wirklich zu weit, meinte eine Person, die den Artikel «Wird der Schweizer Pavillon verschrottet?» gelesen hatte, diese Woche am Telefon. Dass die Apfelingli an der Weltausstellung in Mailand erst am 10. Oktober ausgegangen sein sollen, sei schlicht eine Lüge. Schon im Mai, als die Person die vier Türme besuchte, habe es nämlich keine Apfelingli mehr gegeben. Die Hostessen im Schweizer Pavillon seien sehr nett gewesen und hätten auch bedauert, dass es keine Apfelingli mehr habe. Die Redaktorin hörte geduldig zu und erklärte, dass im Mai die Apfelingli und Wasserbecher nur in der obersten Etage aufgebraucht waren. Nach sechs Wochen wurden die vier Plattformen jeweils abgesenkt. Dann gabs für die Besucher wieder während einiger Tage Kaffee, Salz, Apfelingli und Wasserbecher zum Mitnehmen. Auf der untersten Etage seien die Ringli dann wie in der Zeitung geschrieben am 10. Oktober ausgegangen und einen Tag später die Wasserbecher, so die Redaktorin weiter. Die Person am anderen Ende der Telefonleitung hörte nur selektiv zu. «Das mit dem Nescafé war auch eine blöde Idee. Wer trinkt so etwas noch?» Und das Salz-Böxli (oder waren es mehrere?), das sie mitgenommen hatte, sei später im Rucksack aufgegangen. Salz überall. Sehr blöd. Aber eben, die Hostessen hätten sie im Mai sicher nicht angelogen. Sie selber habe nämlich während des mehrtägigen Expo-Besuchs auch nirgends mehr Apfelingli gesehen. Dass die Idee des Schweizer Pavillons blöd war, habe sie auch von anderen Besuchern gehört. Die Gotthard-Ausstellung war übrigens auch blöd und der Zeitungsartikel sowieso. Aha. (CM)

Lehrer fürchten um Sicherheit

Brugg Sie wehren sich gegen das Sparpaket des Kantons und geben ihrer Wut Ausdruck

VON JANINE MÜLLER

Der Aargauer Regierungsrat will den Halbklassenunterricht auf der Primarstufe und Kindergartenstufe sowie Stunden in «Deutsch als Zweitsprache» (DaZ) einsparen. Das ist für die Brugger Bildungsverantwortlichen – Lehrer, Schulpfleger, Schulleiter – eine Katastrophe. Kurzerhand entschloss man sich, einen Informationsabend zu organisieren, «weil mir bewusst wurde, dass viele nicht gemerkt haben, welche Folgen die Sparrunde hat», sagt Gesamtschulleiter Peter Merz. Es soll ein Zeichen sein, vielleicht sogar ein Verzweiflungsruf. Er findet: «Es ist ein Märli, dass die Sparmassnahmen keinen Einfluss auf die Qualität in der Schule haben. Es gibt nicht gleich viel Schule zu einem günstigeren Preis.»

Alle strömten sie am Mittwochabend ins Salzhaus: Lehrer, Schulleiter, Schulpfleger aus Brugg und umliegenden Gemeinden, Gemeinderäte aus dem Bezirk und zwei Brugger Grossräte. Der Andrang war gross, die Wut auch.

«Mir fehlen die Hände und die Worte auch», schloss eine Kindergärtnerin ihren Beitrag auf der Bühne. Zuvor zeigte sie auf, was sie als alleinige Verantwortliche für eine Chindsgi-Gruppe so alles zu tun hat: Schuhe binden, einen Streit schlichten, einem fremdsprachigen Kind auf Deutsch eine Aufgabe erklären, eine Pfütze am Boden aufwischen, beim Gang aufs WC helfen.

Fragezeichen Schwimmunterricht

Eine Lehrperson für 20 bis 25 Kinder? Da sträubt es Schulleiter Peter Merz die Nackenhaare. «Ich mache mir als Schulleiter sorgen, dass die Sicherheit nicht mehr garantiert werden kann», sagt er nachdrücklich. Überhaupt scheint die Sicherheit das Argument für die Lehrer zu sein. Ein Beispiel ist der Schwimmunterricht. Da soll gemäss Ausführungen des Schulleiters eine einzige Lehrperson eine ganze Klasse beaufsichtigen. Die eine Hälfte soll sie das Schwimmen lehren, die andere Hälfte könne in dieser Zeit neben dem Becken Turnübungen oder Ähnliches machen. Das

hat der Regierungsrat den Schulen in einem Brief, der der az vorliegt, mitgeteilt: «Der Unterricht kann auch so organisiert werden, dass eine Schülergruppe ausserhalb des Schwimmbeckens beschäftigt wird, während die andere Gruppe im Schwimmbecken unterrichtet wird.» Als Peter Merz diesen Satz im Salzhaus vorlas, ging ein Murren durch die Ränge. Hier hat noch niemand vergessen, dass es vor gut acht Jahren in Brugg zu einem tödlichen Unfall im Schwimmunterricht kam. Allerdings heisst es im Brief auch, dass der Regierungsrat für den Schwimmunterricht kleine Gruppen von 12 Kindern empfiehlt. Es sei aber den jeweiligen Schulpfleger mit der Schulleitung überlassen, wie der Schwimmunterricht geregelt werden soll.

Die Sparmassnahmen hätten auch Einfluss auf die Pensen an der Primarstufe Brugg. «Wir könnten im aktuellen Schuljahr noch eine Vollstelle anbieten», argumentiert Peter Merz. Zurzeit gibt es 22 Vollzeitstellen und 10 Teilpensen an der Schule Brugg. «Zwei

Drittel der Abteilungen auf Primarstufe sind von einer Pensenreduktion betroffen.» Somit büsse die Schule auch an Attraktivität bezüglich Anstellungsbedingungen ein. «Es wird unter solchen Voraussetzungen schwierig werden, gut ausgebildetes Personal zu finden.»

Ein weiteres Problem sei die Kürzung der Stunden im DaZ. «Wenn wir die Stunden im Deutsch als Zweitsprache kürzen, werden wir später die Langzeitfolgen spüren. Spätestens dann, wenn diese Kinder eine Lehrstelle suchen. Die Fehler erst dann ausbügeln, dürfte kostenintensiver sein», meint Peter Merz.

Um Druck auf die Politiker auszuüben, haben die Brugger Lehrer am Mittwochabend eine Resolution unterschrieben. Der anwesende Grossrat Dieter Egli (SP) ist einer, der dann über die Sparmassnahmen abstimmen wird. Seine Meinung ist klar: «In der Bildung sparen kann nie richtig sein.»



Ein Video sehen Sie auf www.aargauerzeitung.ch

Scherz

Baustelle Hölistrasse: Belag wird erst im Frühling erstellt

Aufgrund der für diese Jahreszeit kühlen Witterungsverhältnisse hat die Projektleitung der Baustelle Hölistrasse in Scherz beschlossen, den angekündigten Einbau des Deckbelags nicht auszuführen. Die aktuell herrschenden Temperaturen lägen ausserhalb der Norm, die Ausführung der Arbeiten zum jetzigen Zeitpunkt hätten nachteiligen Einfluss auf die Langlebigkeit des Belags, heisst es im Mitteilungsblatt. Da eine nachhaltige Temperatursteigerung nicht erwartet wird, wurden die Arbeiten auf den nächsten Frühling terminiert. Die Baustelle wird in den nächsten Tagen abgeschlossen, die Belagsübergänge werden wintertauglich gemacht. (AZ)

So sind alle Kinder professionell betreut

Mülligen Mit Tagesstrukturen will die Gemeinde ihre Attraktivität steigern - die Stimmberechtigten haben das Wort

VON MICHAEL HUNZIKER

Tagesstrukturen gewinnen an Bedeutung. An der Gemeindeversammlung in Mülligen steht eine Defizitgarantie von 40 000 Franken pro Jahr über eine Einführungsphase von drei Jahren zur Diskussion.

«Die familiären Lebensformen haben sich stark gewandelt und es ist üblich und oft auch notwendig, dass Väter und Mütter einer Berufstätigkeit nachgehen», hält der Gemeinderat fest. Diesem Umstand soll Rechnung getragen werden. Nach einer Bedarfsstudie in der Bevölkerung haben Gemeinderat und Schulpfleger 2014 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich um die Grundlagen kümmerte.

Gegenwärtig bestehen der Verein Mittagstisch sowie die Aufgabenbetreuung. Diese haben sich gemäss Gemein-

derat etabliert. Ziel ist es, die Tagesstrukturen ab Schuljahr 2016/17 anzubieten. Die Eltern erhalten die Möglichkeit, ihre Kinder - vom Kindergarten bis zur sechsten Klasse - von 7 bis 18 Uhr professionell betreuen zu lassen. Mit diesem Angebot kann die Attraktivität der Gemeinde gefördert werden, ist der Gemeinderat überzeugt. Daneben könnten, als weitere Pluspunkte, Teilzeitarbeitsplätze geschaffen und ein Mehrertrag bei den Steuern generiert werden.

Zuschüsse werden erwartet

Der bestehende Verein Mittagstisch wird das Projekt Tagesstrukturen übernehmen und führen. Der Vorteil eines Vereins liege darin, dass Zuschüsse von Kanton und Bund für den Start bezahlt werden, führt der Gemeinderat aus. Sicherergestellt wird die Finanzierung da-

neben über Eltern-, Vereins- und Gemeindebeiträge sowie Spenden, Vereinsaktivitäten und die Defizitgarantie.

Weiter entscheiden die Stimmberechtigten am Freitag, 20. November, über eine zweite hauptamtliche Stelle Hauswartdienst/Gemeindewerk, die Teilnahme am Regionalen Jugendkonzept Eigenamt mittels Leistungsvereinbarung und jährlich wiederkehrenden Kosten von Fr. 5.20 pro Einwohner für die Dauer von vier Jahren, das Budget 2016 mit einem unveränderten Steuerfuss von 109 Prozent sowie einen jährlichen Beitrag von 20 Franken pro Einwohner an die Ortsbürgergemeinde für die Waldbewirtschaftung/Waldpflege.

Holzpreise sind stark gesunken

40 Hektaren der insgesamt rund 100 Hektaren Wald auf dem Gemeindegebiet sind im Besitz der Ortsbürgerge-

meinde. «Seit einiger Zeit ist die Landwirtschaft ein defizitäres Geschäft, weil die Holzpreise stark gesunken sind», stellt der Gemeinderat fest. Diese Entwicklung habe die Ortsbürgergemeinde in eine schwierige Situation gebracht. Forstwirtschaftliche Aufgaben müssten über die Forstreserve finanziert werden. Diese wurde 2014 aufgebraucht und die Ortsbürgergemeindeversammlung beschloss, die im Budget 2015 vorgesehenen forstwirtschaftlichen Leistungen zu streichen. Ein geplanter Holzschlag inklusive Waldrandpflege wurde nicht realisiert. Der Gemeinderat schlägt nun vor, den Unterhalt und die Pflege des Waldes mit einem Pro-Kopf-Beitrag zu finanzieren.

Gemeindeversammlung Freitag, 20. November, Mehrzweckhalle; Ortsbürger 19.30 Uhr; Einwohner 20 Uhr.

Villigen

Erschliessungsplan Obsteinen Nord liegt öffentlich auf

Nach Abschluss des Mitwirkungsverfahrens und der kantonalen Vorprüfung werden die Entwürfe des Erschliessungsplans Obsteinen Nord öffentlich aufgelegt. Zusammen mit Erläuterungen, dem Mitwirkungsbericht und dem Vorprüfungsbericht liegen sie vom 16. November bis zum 15. Dezember bei der Gemeindekanzlei auf und können während der Bürozeit eingesehen werden. Am Mittwoch, 2. Dezember, um 20 Uhr findet in der Trotte Villigen eine Infoveranstaltung statt. Die Pläne können an diesem Abend ab 19.30 Uhr in der Trotte eingesehen werden. Wer ein schutzwürdiges eigenes Interesse hat, kann innerhalb der Auflagefrist Einwendungen erheben. Das gilt auch für Organisationen. Einwendungen sind schriftlich beim Gemeinderat einzureichen und haben einen Antrag und eine Begründung zu enthalten. (AZ)